

# Antrag PA 01: Klarstellung der Programmatik der saarländischen Piraten

<b>Antragsteller/in:</b>	Wolfgang Barth
<b>Status:</b>	angenommen

## Klarstellung der Programmatik der saarländischen Piraten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Beschlüsse vom LPT 2013.2 TOP 009 werden durch die folgenden Festlegungen ersetzt:

Modul a)

Das Programm der saarländischen Piraten heisst "Saarlandprogramm" und gliedert sich wie folgt:

- Grundsatzprogramm
- Programmpunkte zu Einzelfragen

Modul b)

Alle nicht durch den LPT ausdrücklich aufgehobenen Beschlüsse bisheriger Parteitage sind nach wie vor gültig; also speziell auch die bisherigen Beschlüsse zum Wahlprogramm und zum "alten" Grundsatzprogramm. Dieses kann auch als "Grundsatzprogramm Stand 2013" veröffentlicht bleiben.

Modul c)

Es ist eine redaktionelle Frage, welche von diesen noch gültigen und zukünftigen Beschlüssen als Teil des "Grundsatzprogramms" und welche als "Detailbeschlüsse" zu sehen sind und wie diese ins Saarlandprogramm aufgenommen werden.

Falls der LPT die Zuordnung nicht im Einzelfall festlegt, so kann diese Unterscheidung vom Landesvorstand getroffen werden. Diese Aufgabe kann an Beauftragte oder eine AG delegiert werden.

Modul d)

Zusätzlich kann zur Vorbereitung von Wahlen ein "Wahlprogramm" erstellt werden, das speziell für die entsprechende Wahl wichtige und für die Wahlperiode festgeschriebene Programmpunkte enthält.

Für seine Erstellung wird analog zum Saarlandprogramm vorgegangen.

Modul e)

Zusätzlich zu den mit qualifizierter Mehrheit auf einem LPT beschlossenen Programmpunkten gibt es die "Arbeitspapiere". Sie beschreiben politische Aspekte, die bei den Piraten noch in der Diskussion sind. Diese können ebenfalls veröffentlicht werden, auch im Zusammenhang mit dem Saarlandprogramm, aber mit dem Hinweis, daß es sich dabei um einen momentanen

Diskussionsstand handelt und nicht um einen offiziell verabschiedeten Standpunkt der saarländischen Piraten.

### **Begründung:**

Modul a)

Das ist eine Klarstellung der Begriffe. Ausserdem kann es nicht nur "Grundsatzpunkte" und "Wahlpunkte" geben, sondern auch "ganz normale" Beschlüsse des LPT.

Modul b)

Wieder eine Klarstellung.

Modul c)

Das ermöglicht ein sauber zusammengestelltes Programmpapier auf Basis der vom LPT beschlossenen Punkte.

Modul d)

Klarstellung, was ein Wahlprogramm ist und wie es zu Stande kommt.

Modul e)

Auch Arbeitspapiere können eine Öffentlichkeit haben. Hier wird klargestellt, wie das erfolgen kann.

# Antrag PA 02: Kennzeichnenscanning

<b>Antragsteller/in:</b>	Jörg Arweiler
<b>Status:</b>	angenommen

## Kennzeichnenscanning

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland lehnt die massenhafte Erfassung von Kfz-Kennzeichen mithilfe des sogenannten Automatic License Plate Recognition-Verfahren (ALPR-Verfahren) oder anderer automatisierter Erfassungsmethoden insbesondere durch die Betreiber von Parkhäusern, Parkplätzen oder Campingplätzen ab.

Im Falle einer Bewirtschaftung von Parkplätzen oder Parkhäusern durch die öffentliche Hand selbst bzw. einer Bewirtschaftung öffentlicher Parkflächen in Kooperation mit privaten Betreibern muss sichergestellt werden, dass eine allgegenwärtige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger schon im Vorfeld verhindert wird. Es muss der öffentlichen Hand daher rechtlich ausdrücklich untersagt sein, Kennzeichen der Benutzer/-innen ihrer eigenen Parkflächen automatisiert zu erfassen und zu verwerten. Insofern gilt es, Rechtssicherheit zu schaffen, da es bislang bundesweit heftig umstritten ist, ob ein solches Verfahren rechtlich zulässig ist.

Im Falle einer vertraglichen Beziehung zu Privaten muss die öffentliche Hand in bestehenden Verträgen ein Verbot nachträglich aufnehmen und bei Neuverträgen Kennzeichnenscanning von Anfang an untersagen.

## Begründung:

Im Falle einer Verwendung dieser automatisiert erfassten Daten zu kommerziellen Zwecken, wie etwa Kundenstromanalysen, besteht keinerlei Rechtfertigung für eine massenhafte Kennzeichenerfassung, weil dieses Interesse der Privatwirtschaft das Interesse der Betroffenen am Schutz ihrer persönlichen Daten nicht überwiegt. Aber auch zum Zwecke anderweitiger Verwendung durch die öffentliche Hand ist die massenhafte Erfassung und Speicherung dieser Daten abzulehnen. Denn hierbei werden Daten ohne vorherige Einwilligung der Kunden erhoben und verarbeitet. Dies ist insbesondere deshalb abzulehnen, weil mithilfe des Kennzeichens auch sehr leicht der Halter, also dessen Name, Adresse und Telefonnummer ermittelt werden kann und diese Daten anschließend miteinander verknüpft werden können, um Benutzer- und Bewegungsprofile zu erstellen. Somit werden persönliche Daten zum Spielball privater Marktwirtschaft gemacht oder diese auf Vorrat für eine spätere Verwendung gesammelt, was nicht sein darf.

# Antrag PA 03: Reform des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes

<b>Antragsteller/in:</b>	Jörg Arweiler
<b>Status:</b>	abgelehnt

## Reform des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Reform des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) ein, da es viele wichtige Sachverhalte nicht abschließend regelt und die aktuelle Fassung des Gesetzes der Aufhebung der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen auf Grund seiner daraufhin nicht angepassten gesetzlichen Regelungen nicht im ausreichenden Maße Rechnung trägt.

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich u. a. für die Umsetzung folgender Punkte ein:

- Jeder gewählte Mandatsträger auf Orts-, Gemeinde- und Kreisebene hat ein volles Antragsrecht im jeweiligen Rat.
- Die Bildung einer Fraktion muss auch parteiübergreifend möglich sein, wenn die Parteien sich im Vorfeld über die Verfolgung gemeinsamer politischer Ziele geeinigt haben und diese Ziele übereinstimmend festgelegt wurden. Die Fraktionsbildung darf nicht von einer Genehmigung des Landrats/Regionalverbandsdirektors, (Ober-) Bürgermeisters abhängig sein.
- Die Besetzung von Fachausschüssen muss ein Spiegelbild der gewählten Repräsentanten im Rat darstellen. Daher sind auch Ratsmitglieder ohne Fraktionsstatus bei der Zusammensetzung der Ausschüsse - insbesondere derjenigen, die abschließend und damit ohne anschließende Beratung und Abstimmung im Rat entscheiden - zwingend zu berücksichtigen.

# Antrag PA 04: Kumulieren und Panaschieren

<b>Antragsteller/in:</b>	Jörg Arweiler
<b>Status:</b>	angenommen

## Kumulieren und Panaschieren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung von Kumulieren und Panaschieren ein.

## Begründung:

Das Kommunalwahlsystem des Saarlandes soll um die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens erweitert werden. Kommunalwahlsysteme unterscheiden sich in den Möglichkeiten, die sie den Wählern hinsichtlich der Veränderung der von den Parteien vorgelegten Listen einräumen: dem Kumulieren und Panaschieren von Stimmen. Im Saarland ist es bislang nicht möglich, dass Bürger durch Angabe ihrer Präferenz für einen Kandidaten auch Bewerber, die nicht an den vorderen Plätzen der von den Parteien und Wählergruppen aufgestellten Listen, gezielt ihre Stimme geben können. Gleichzeitig wirkt dieses Verfahren hinsichtlich der Wahlbeteiligung mobilisierend, weil den Wählern mehr Einfluss auf die Auswahl des politischen Führungspersonals eingeräumt wird.

# Antrag AP 01: Arterhalt heimischer Wildtiere

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	angenommen

## Arterhalt heimischer Wildtiere

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich im Rahmen der politischen Möglichkeiten für den Erhalt einheimischer Wildtierarten ein. Einheimische Wildtierarten, welche bedroht sind, sind in besonderer, geeigneter Weise zu schützen. Bei Feld- und Flurbewirtschaftung oder bei Erschließung neuer Baugrundstücke ist auf gefährdete Wildtierarten besonders Rücksicht zu nehmen.

# Antrag AP 02: Wiederansiedlung ehemals heimischer Tierarten

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	angenommen

## Wiederansiedlung ehemals heimischer Tierarten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Landesverband Saarland befürwortet die Wiederansiedlung ehemals heimischer Wildtiere im Saarland.

Sind Tierarten durch menschliches Zutun (Jagd, Ackerbau o. ä.) aus dem Saarland verdrängt worden ist zu prüfen, ob eine Wiederansiedlung im Saarland möglich ist. Ist dies der Fall, sind solche Projekte vom Land zu fördern, da sie einen hohen biologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Stellenwert aufweisen.

# Antrag AP 03: Grubenwasserhaltung

<b>Antragsteller/in:</b>	Gerd Rainer Weber
<b>Status:</b>	angenommen

## Grubenwasserhaltung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die von der RAG geplante Einstellung der Grubenwasserhaltung, bzw. die Flutung der Bergwerke nur dann genehmigt werden darf, wenn durch unabhängige Gutachten belegt wird, dass diese keinerlei Gefahren für Mensch und Natur mit sich bringt, insbesondere auch im Hinblick auf eingelagerte Giftstoffe.

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland unterstützt außerdem die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im saarländischen Landtag zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der bereits erfolgten Flutungsgenehmigung.

## Begründung:

Die bislang vorhandenen Informationen über die Folgen der Einstellung der Grubenwasserhaltung stammen ausschließlich von RAG-eigenen Gutachten. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Derzeit sind Vertreter der RAG in zahlreichen Kommunalparlamenten unterwegs und versuchen dort die Wogen zu glätten. Es liegt auf der Hand, dass die RAG aus Kostengründen mit allen Mitteln versucht das Thema schönzureden.

# Antrag AP 04: Förderung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden an der Uds vorantreiben

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	nicht entschieden

## Förderung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden an der Uds vorantreiben

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland fordert, der Universität des Saarlandes zusätzlich zu ihrem bisherigen Jahresetat zweckgebundene Gelder zur Verfügung zu stellen, die in die Forschung und Entwicklung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden investiert werden müssen.

### **Begründung:**

Der Tierschutzgedanke der Bevölkerung ist im Wandel und viele Menschen lehnen die Forschung an Tieren ab, besonders da nur wenig Ergebnisse direkt auf den Menschen übertragen werden können. Tierversuchsfreie Test- und Forschungsmethoden, oft als "Alternativmethoden" bezeichnet, hingegen werden von vorneherein dafür entwickelt, spezifische Fragestellungen präzise beantworten zu können. Der "Umweg" über eine andere Spezies wird ausgelassen, stattdessen wird mittels hochmoderner Verfahren unmittelbar mit Blick auf den menschlichen Patienten geforscht.

Mit einem Forschungsbereich für diese sogenannten Alternativmethoden kann sich die Universität des Saarlandes weiter ihr Profil stärken und ihre Attraktivität in der Hochschullandschaft weiter ausbauen.

# Antrag AP 04 neu: Förderung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden an der Uds vorantreiben

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	angenommen

## Förderung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden an der Uds vorantreiben

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland fordert, der Universität des Saarlandes zusätzlich zu ihrem bisherigen Jahresetat zweckgebundene Gelder zur Verfügung zu stellen, die in die Forschung und Entwicklung von tierversuchsfreien Test- und Forschungsmethoden in der Grundlagenforschung von Humanmedizin und Pharmazie investiert werden müssen.

### Begründung:

Der Tierschutzgedanke der Bevölkerung ist im Wandel und viele Menschen lehnen die Forschung an Tieren ab, besonders da nur wenig Ergebnisse direkt auf den Menschen übertragen werden können. Tierversuchsfreie Test- und Forschungsmethoden, oft als "Alternativmethoden" bezeichnet, hingegen werden von vorneherein dafür entwickelt, spezifische Fragestellungen präzise beantworten zu können. Der "Umweg" über eine andere Spezies wird ausgelassen, stattdessen wird mittels hochmoderner Verfahren unmittelbar mit Blick auf den menschlichen Patienten geforscht.

Mit einem Forschungsbereich für diese sogenannten Alternativmethoden kann sich die Universität des Saarlandes weiter ihr Profil stärken und ihre Attraktivität in der Hochschullandschaft weiter ausbauen.

# Antrag AP 05: Kosmetikakennzeichnung

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	nicht entschieden

## **Kosmetikakennzeichnung**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland fordert eine Kennzeichnung bei Kosmetika und anderen Hygieneprodukten, wenn diese oder Bestandteile davon an Tieren getestet wurden.

## **Begründung:**

Grund hierfür ist, dass selbst nach der neuen EU-Verordnung noch immer Produkte in Deutschland verkauft werden dürfen, deren Inhaltsstoffe an Tieren getestet wurden.

Für viele Verbraucher entscheidet dieses Wissen jedoch das Konsumverhalten. Denn nur ein aufgeklärter Verbraucher kann für sich ethisch korrekt handeln.

# Antrag AP 05 neu: Kosmetikakennzeichnung

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	angenommen

## **Kosmetikakennzeichnung**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland fordert eine Kennzeichnung bei Kosmetika und anderen Hygieneprodukten, wenn diese oder Bestandteile davon nach 2009 an Tieren getestet wurden.

## **Begründung:**

Grund hierfür ist, dass selbst nach der neuen EU-Verordnung noch immer Produkte in Deutschland verkauft werden dürfen, deren Inhaltsstoffe an Tieren getestet wurden.

Für viele Verbraucher entscheidet dieses Wissen jedoch das Konsumverhalten. Denn nur ein aufgeklärter Verbraucher kann für sich ethisch korrekt handeln.

# Antrag AP 11: IT-Ausstattung an saarländischen Schulen

**Antragsteller/in:** Gerd Rainer Weber

**Status:** angenommen

## IT-Ausstattung an saarländischen Schulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass an allen saarländischen Schulen eine einheitliche IT-Ausstattung vorhanden ist.

Um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung zu gewährleisten, und unter Berücksichtigung der schwierigen finanziellen Lage der Schulträger (Landkreise und Kommunen), muss die Finanzierung aus Landesmitteln erfolgen.

### **Begründung:**

Medienerziehung und der Umgang mit moderner Informationstechnologie sind wichtige Bestandteile moderner Bildung. Voraussetzung für den Unterricht in diesem Bereich ist das Vorhandensein entsprechender technischer Ausstattung in den Schulen.

Eine diesbezügliche Anfrage unserer Landtagsfraktion an die Landesregierung hat ergeben, dass das zuständige Ministerium über keinerlei aktuelle und umfassenden Informationen bezüglich der IT-Ausstattung an saarländischen Schulen verfügt.

Entsprechende Anfragen unserer kommunalen Mandatsträger haben ergeben, dass die IT-Ausstattungen an den einzelnen Schulen höchst unterschiedlich sind, was auch auf die fehlenden finanziellen Mittel zurückzuführen ist.

Dieser Zustand ist nicht haltbar, da ein einheitlicher Ausbildungsstandard der Schülerinnen und Schüler im Saarland so nicht gewährleistet werden kann.

# Antrag AP 12: Klasseninterner Religionsunterricht in Grundschulen

<b>Antragsteller/in:</b>	Ralf Petermann
<b>Status:</b>	angenommen

## Klasseninterner Religionsunterricht in Grundschulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass an allen Grundschulen ein klasseninterner Religionsunterricht konfessionsübergreifend möglich ist.

### Begründung:

Im Moment findet nach dem saarländischem Schulordnungsgesetz Abschnitt 3 § 10 Absatz 3 Folgendes Anwendung:

*(3) Der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt in Übereinstimmung mit den Lehren und Grundsätzen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erteilt.*

Das schließt auch eine freiwillige Regelung (im Einvernehmen mit den Eltern einer Klasse) aus, dass der Religionsunterricht konfessionsübergreifend im Klassenverband unterrichtet wird. Im Rahmen der Inklusion, die an allen Grundschulen verpflichtend geworden ist, möchten wir die Einbeziehung aller Kinder mit und ohne Handicap, Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft etc., legen aber hier gesetzlich Wert darauf, die Kinder nach Glauben zu trennen, und damit Intoleranz gegenüber anderen Religionen aufzubauen anstatt zu einigen.

Der Bildungsminister will mit Beginn des kommenden Schuljahres 2015/2016 mit dem islamischen Religionsunterricht sogar einen weiteren konfessionellen Religionsunterricht einrichten, was m. E. der Inklusion bzw. der freiwilligen Möglichkeit gemeinsamen Religionsunterrichts widerspricht.

# Antrag AP 13: Zeugnisnotenwunschliste

<b>Antragsteller/in:</b>	Ralf Petermann
<b>Status:</b>	angenommen

## Zeugnisnotenwunschliste

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass an allen Grundschulen Zeugnisnotenwunschlisten für die Eltern eingeführt wird.

## Begründung:

Regelmäßig kommt es an Schulen zu Spannungen zwischen Lehrern, Kindern und Eltern bezüglich der Halbjahres- und Jahreszeugnisse. Oftmals herrscht bei Eltern eine Unzufriedenheit über die erteilte Note, besonders in den nichtschriftlichen Fächern (das heißt in denen keine benoteten schriftlichen Arbeiten vorgeschrieben sind). Da für viele Eltern aber bereits bei der Einschulung in die Grundschule der Weg der weiterführenden Schule feststeht, besonders für die Kinder, die nach Klasse 4 auf ein Gymnasium gehen, würde eine von den Eltern ausgefüllte und für den Lehrer verbindliche Zeugnisnotenwunschliste allen beteiligten viel Ärger ersparen.

Details sollte eine Kommission aus Eltern, Lehrern und Bildungsministerium für alle Grundschulen verbindlich erarbeiten.

# Antrag AP 14: Sportunterricht ohne Benotung

<b>Antragsteller/in:</b>	Lea Laux
<b>Status:</b>	angenommen

## Sportunterricht ohne Benotung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass der Sportunterricht an allen saarländischen Schulen in allen Klassenstufen mit Ausnahmen nicht benotet wird. Stattdessen soll auf dem Zeugnis die Teilnahme am Sportunterricht vermerkt werden.

Die Ausnahmen stellen hierbei ein Seminarfach dar, das mit Sport im Zusammenhang steht, sowie die Wahl von Sport als Neigungsfach in der gymnasialen Oberstufe. Weiterhin sollen die Schülerinnen und Schüler, die Sport als eines dieser Fächer wählen, besonders über die Anforderungen in diesem Kurs informiert werden.

## Begründung:

Eines der Ziele des Sportunterrichts ist es, Kinder und Jugendliche für Sport zu motivieren und diese ein Gesundheitsbewusstsein entwickeln zu lassen. Damit soll gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche durch den Schulsport zu weiteren sportlichen Aktivitäten motiviert werden. Diejenigen, die gute Sportnoten haben, haben in der Regel einen körperlichen Vorteil oder machen in ihrer Freizeit sowieso genügend Sport. Die Schülerinnen und Schüler, die schlechte Sportnoten haben, werden dadurch demotiviert, sich in ihrer Freizeit mit diesem Fach auseinander zu setzen. Ohne den Leistungsdruck durch die Benotung könnten sie eher Spaß an Sport entwickeln und sich auch in ihrer Freizeit damit beschäftigen.

Seminarfächer im Bereich Sport und Neigungsfach Sport sollten jedoch benotet werden, da diese beiden Fächer in der Regel von Schülerinnen und Schülern gewählt werden, die besonders gut im Fach Sport sind und dafür Noten erhalten wollen, die sie ins Abitur einbringen können. Damit diese wissen, was auf sie zukommt, müssen sie entsprechend vor ihrer Wahl informiert werden.

# Antrag AP 15: Freiwilliger Sportunterricht in der gymnasialen Oberstufe

<b>Antragsteller/in:</b>	Lea Laux
<b>Status:</b>	angenommen

## Freiwilliger Sportunterricht in der gymnasialen Oberstufe

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Teilnahme am Sportunterricht in der Hauptphase der gymnasialen Oberstufe auf freiwilliger Basis beruht. Das Erreichen der Pflichtstundenanzahl wird durch die Wahl eines Ergänzungsfach gewährleistet. Sport kann trotzdem weiterhin als vierstündiges Neigungsfach mit Benotung gewählt werden.

### **Begründung:**

Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe besuchen, sind in der Regel mindestens sechzehn Jahre alt und sind reif genug, selbst zu entscheiden, inwiefern sie Sport in der Schule ausüben und haben in diesem Alter eine Selbstverantwortung. Des Weiteren müssen die Wahlbögen für die Wahl zur gymnasialen Oberstufe von einem Erziehungsberechtigten unterschrieben werden, sofern die Schülerinnen und Schüler minderjährig sind, sodass diese eine Kontrollfunktion haben, sollten sie der Meinung sein, dass die Jugendlichen noch nicht reif genug sind, zu entscheiden, ob sie den Sportunterricht in der Oberstufe belegen wollen oder nicht.

Außerdem wird damit für Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit geschaffen, die Wahl für die gymnasiale Oberstufe individueller zu gestalten, da statt dem Sportunterricht ein anderes Fach als Ergänzung gewählt werden muss, um die Mindeststundenanzahl zu erreichen. Dafür stehen in der Regel alle Fächer zur Auswahl, die die Schülerin oder der Schüler noch nicht belegt hat.

# Antrag AP 21: Schwimmbad-Kataster

<b>Antragsteller/in:</b>	Gerd Rainer Weber
<b>Status:</b>	angenommen

## Schwimmbad-Kataster

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass ein landesweites Schwimmbad-Kataster eingerichtet wird. Darin sollen alle bestehenden Hallen- und Freibäder erfasst werden, mit dem Ziel einen Bedarfsplan erstellen.

## Begründung:

Kommunale Bäder sind hochdefizitär. Im Saarland herrscht in einigen Kreisen diesbezüglich eine Überversorgung. Es gilt, aus Kostengründen, diese Überversorgung abzuschaffen. Hierbei muss allerdings sichergestellt werden, dass für jede Bürgerin und jeden Bürger in zumutbarer Entfernung ein Hallen- und ein Freibad zur Verfügung steht, in Regionen mit hoher Einwohnerdichte auch unter Berücksichtigung der Kapazitäten.

Die Kosten für die verbleibenden Bäder sollten von den Kommunen im jeweiligen Einzugsbereich gemeinsam getragen werden.

# Antrag AP 22: Kinderhospize

<b>Antragsteller/in:</b>	Jasmin Maurer
<b>Status:</b>	angenommen

## Kinderhospize

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Anzahl der Kinderhospizplätze landesweit ausgebaut wird. Das zuständige Ministerium beteiligt sich an der Finanzierung. Es muss ein Flächenkonzept erarbeitet werden, dass landesweit eine ausreichende Anzahl an Kinderhospizplätzen verfügbar ist. Eine gleichmäßige Bedarfsabdeckung aller Landkreise und des Regionalverbandes ist zu gewährleisten.

# Antrag AP 23: Ausweitung der Kinderbetreuungskosten durch steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers

**Antragsteller/in:** Ralf Petermann

**Status:** angenommen

## Ausweitung der Kinderbetreuungskosten durch steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung auch für Grundschulkindern Alleinerziehender möglich sind.

### Begründung:

Einige Arbeitgeber gewähren ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusätzlich zum Arbeitslohn freiwillige Leistungen. Werden diese für die Unterbringung und Betreuung von Kindern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbracht, können sie steuer- und sozialversicherungsfrei sein. (§ 3 Nr. 33 EStG)

Die Kinder dürfen nicht schulpflichtig sein und die Betreuung muss in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen stattfinden. Vergleichbare Einrichtungen sind zum Beispiel Schulkindergärten, Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Tagesmütter, Wochenmütter und Ganztagspflegestellen. Die alleinige Betreuung im Haushalt des Arbeitnehmers, zum Beispiel durch Kinderpflegerinnen, Hausgehilfinnen oder Familienangehörige, genügt nicht.

Entscheidend für die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit ist, dass

- die Leistungen zusätzlich zum Arbeitslohn erbracht werden
- die Leistungen nur zum Zweck der Unterbringung und Betreuung der Kinder erbracht werden (Leistungen für den Unterricht eines Kindes sind nicht steuer- und sozialversicherungsfrei)
- die Beschäftigten dem Arbeitgeber die zweckmäßige Verwendung nachweisen, falls die Zusatzleistungen aus einer Barzahlung bestehen
- der Arbeitgeber die Nachweise im Original als Belege zum Lohnkonto aufbewahrt.

Gerade im Bereich der Alleinerziehenden fällt die Steuerfreiheit der Zuschüsse mit dem Eintritt der Kinder in die Grundschule weg: Gerade die Alleinerziehenden sind jedoch auf eine

Kinderbetreuung angewiesen. Und da die Nachmittagsbetreuung gerade im Saarland nicht mehr kostenfrei ist, müssen Alleinerziehende die Betreuungskosten gänzlich selbst tragen bzw. Zuschüsse des Arbeitgebers versteuern. Hier könnten wir uns als Piratenpartei für eine Verbesserung der Alleinerziehenden einsetzen.

# Antrag AP 31: Zuwanderung

**Antragsteller/in:** Bernd Braunhausen

**Status:** nicht entschieden

## Zuwanderung

Der Landesparteitag möge beschließen:

### 1. Grundlagen

#### 1.1. Definition

##### 1.1.1. Abgrenzung

Zuwanderung ist zu unterscheiden von Asyl. Zuwanderung muß die Wirtschaftskraft verbessern, nicht primär für eine größere Masse sorgen.

##### 1.1.2. Ideologie

Grundsätze wie

- Grundgesetz der BRD
- Menschenrechte nach Definition der UN

sind unbedingt einzuhalten. Die Akzeptanz dieser Regeln ist auch von Zuwanderern uneingeschränkt zu fordern.

Freitragende politische Meinungen wie

- Arm-Reich Debatte
- Multikulti Ja/Nein
- Betrachtung der Zustände außerhalb unserer Region (Saarland)

dürfen nicht Gegenstand dieser Betrachtung sein.

##### 1.1.3. Ausschluß

Werden oben betrachtete Voraussetzungen nicht erfüllt, ist diese Debatte/Initiative/Idee hier beendet, alle weiteren Ausführungen sind gegenstandslos.

Ist die Schrumpfung der Region gewollt (möglicherweise auch aus "gutem Grund" sind die weiteren Ausführungen ebenfalls gegenstandslos.

### 2. Zugründe aus Sicht der Zuwanderer

#### 2.1. Wohnraum als Zugründe

##### 2.1.1. Wohnungsleerstände

Im Saarland besteht zur Zeit ein erheblicher Wohnungsleerstand. Dies bietet einen Ansatz, qualifizierte Zuwanderer anzuziehen.

Jedem interessierten Zuwanderer könnte zunächst für eine begrenzte Zeit kostenloser Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

#### 2.2. Wohnraumwirtschaft

### 2.2.1. Erfassung

Zunächst ist eine Statistik über freien Wohnraum und deren Eigentümer zu erstellen. Die Eigentümer werden angeschrieben und gebeten ein bis dahin zu entwickelndes Formular auszufüllen.

### 2.2.2. Verfügbarer Bestand

In diesem Formular soll

- In Zusammenfassung die Intention und die Vorteile erläutert werden
- Die Regeln in der ausführlichen Version zur Information gegeben werden

### 2.2.3. Kosten und Randbedingungen

Dieses soll z. B. erfassen:

- Bereitschaft, Wohnraum für die Unterbringung von Zuwanderung zur Verfügung zu stellen
- Preisvorstellungen

## 2.3. Mietzahlung

### 2.3.1. Stundung

Die erforderliche Miete für den den Zuwanderern zur Verfügung zu stellenden Raum ist zu Beginn aus einem Fond, der vom Land gefüllt wird vor auszuzahlen. Das heißt, dem Zuwanderer wird für einen festzulegenden Raum die Miete gestundet.

### 2.3.2. Zahlung

Nach begrenzter Zeit soll der Zuwanderer in der Lage sein, die Miete für seinen Wohnraum selber zu entrichten, das heißt der Zuwanderer ist erwerbstätig.

### 2.3.3. Räumung

Räumung der Wohnung im Falle des Verfehlens der Integrationsziele.

Sollte nach einem festzulegenden Zeitraum keine Erwerbstätigkeit möglich sein, muß eine Räumung der Wohnung möglich sein.

## 2.4. Abschreckung bzw. realistische Betrachtung vermeintlicher Gründe

### 2.4.1. Gastfreundschaft

Die Saarländer überbewerten ihre Gastfreundlichkeit erheblich. "Im Reich" oder im sonstigen Ausland wird diese eher negativ bewertet.

Dieser Grund entfällt, machen wir uns nichts vor!

### 2.4.2. Wirtschaft

Die wirtschaftliche Situation im Saarland ist katastrophal, ohne positive Aussichten.

Dieser Grund entfällt, bei aller Schönrederei!

Das Saarland entwickelt sich aufgrund der Arbeitsmarktsituation zum Niedriglohnland, zumindest relativ "zum Reich" betrachtet.

### 2.4.3. Infrastruktur

- Der ÖPNV ist katastrophal.
- Das kulturelle Angebot ist zumindest begrenzt.
- Schulen werden geschlossen.

- Die Universität wird totgespart.

## 2.5. Irrelevanz der abschreckenden Gründe

### 2.5.1. Relativität

Die Situation der Umgebung ist in potentiellen Herkunftsländern in der Regel erheblich schlechter.

### 2.5.2. Leistungsfähigkeit

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Menschen wird aus den unter 1.1.2. (Ideologie) genannten Gründen andernorts oft nicht honoriert, ja bestraft.

## 3. Zuzugsgründe aus Sicht der Region

### 3.1. Abwanderung

#### 3.1.1. Identität

Nach dem Ende Montanindustrie hat das Saarland seine Identität verloren und ist in die Beliebigkeit abgerückt. (Die Ausgestaltung der Initiative "Großes entseht im Kleinen" unterstreicht das, weil z. B. die Bilder (außer Saarschleife) irgendwo aufgenommen sein könnten.) Urpils-Schwenken ist für den Erhalt der Identität etwas dünn...

#### 3.1.2. Gründe

Siehe 2.5.

#### 3.1.3. Auswirkung

Insbesondere Menschen mit hoher Leistungsfähigkeit und junge Menschen "im gebärfähigen Alter" ziehen ab, was sowohl Bevölkerungszahl, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nicht linear, sondern exponentiell sinken läßt.

#### 3.1.4. Gegenmaßnahmen

Da das Saarland pleite ist besteht keine Chance der Situation "Infrastruktur" (2.4.2.) entgegenzuwirken.

Die Webekampagnen wirken vielleicht bei "RTL2-Zuschauern", nicht aber bei den Leistungsträgern.

In Summe: Effektive Maßnahmen gegen die Auswanderung: "Man bemüht sich..."

### 3.2. Zuwanderung

#### 3.2.1. Alternativlosigkeit

Siehe 3.2.3. oder man akzeptiert die Schrumpfung der Region aus anderen, vielleicht auch richtigen Gründen.

#### 3.2.2. Mensch als Ideenträger

Mit neuen Menschen ziehen auch neue Ideen der Erwerbstätigkeit zu, auch mit der Bereitschaft zu Risiko bei Unternehmensgründungen.

#### 3.2.3. Mensch als Kostenfaktor

Bei aller Berechtigung von Mindestlöhnen: Wenn Wertschöpfung in Billiglohnländer abwandert und dort zu Wachstum führt, darf ein "Import" von "Billiglöhnern" nicht per se verboten sein, um mit diesen Menschen die Wertschöpfung hier her zu bringen statt sie sonstwo hingehen zu lassen. Realistisch muß man folgendes sehen: Die Löhne im Saarland sind sowieso im Sinkflug, Firmen mit guten Tarifverträgen reduzieren in Summe ihr Personal im Saarland. Diese Tatsache

wird gerne damit kaschiert, indem man die seltenen Zuwächse feiert wie seltene "einsen" in Klassenarbeiten.

#### 3.2.4. Mensch als Leistungsträger

Mit Zuwanderern kommen auch Menschen mit hoher Leistungsfähigkeit, die durch ihr effektives Wirtschaften mittelfristig der Problematik unter 3.2.3. entgegenwirken können.

### 4. Zielgruppe

#### 4.1. Feststellung von Bedarf

##### 4.1.1. Abhängig Beschäftigte

Von geeigneten Institutionen (Im Notfall IHK, besser Bessere) ist der Bedarf an Berufsgruppen und die Qualifikation festzulegen. Ebenso sind Zeugnisse und Qualifikationen die Zuwanderer an anderer Stelle erworben haben, zu bewerten.

##### 4.1.2. Bewertung abhängiger Erwerbstätigkeit

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Gewerkschaften ist ein Entlohnungssystem zu erarbeiten. Dieses muß sich allerdings an den eigentlichen Zielen der Einwanderung orientieren.

##### 4.1.3. Eigeninitiative

Weil davon auszugehen ist, daß Zuwanderer auch unternehmerische Ideen mitbringen, sind Konzepte zu deren Umsetzung bzw. zur Unterstützung zu erarbeiten. Damit kommt man aber wieder zum Thema Risikokapital.

#### 4.2. Selektion

##### 4.2.1. Sprache

Das schnellstmögliche Erlernen der Landessprache (deutsch oder französisch (!!)) ist unabdingbar. Die Voraussetzungen dazu sind allerdings nicht nur oder nicht im wesentlichen von den Zuwanderern zu erbringen. (vergl. 5.2.1.).

Finales Nicht-Erlernen und vor allem mangelnde Bereitschaft zum Erlernen der Sprache sind K.O.-Kriterien für die Zuwanderung.

##### 4.2.2. Familien

Für die Zuwanderung sind Familien aus folgenden Gründen vorzuziehen:

- Die Verantwortung für Kinder verstärkt das Bemühen um Beständigkeit und das Ausnutzen der gegebenen Chance, das heißt im Bestreben zur Erreichung einer Erwerbstätigkeit.
- Die Integration wird durch Kinder, die in Schule oder Kindergarten in Kontakt mit der bestehenden Gesellschaft treten, gefördert.
- Die Nachhaltigkeit der Zuwanderung ist durch den Nachwuchs gefördert.

##### 4.2.3. Offene Fragen

###### Berufliche Qualifizierung

- Eine Vorselektion vor dem Zuzug ist gut, weil bei "Nichtgefallen" keine Ausweisung erforderlich wäre, aber wer soll vorselektieren?
- Bei Selektion vor Ort bestehen eine Probezeit, wäre bei "Nichtgefallen" wäre aber eine Ausweisung zwingend.

### 5. Leistungen der befaßten Landesbehörden

#### 5.1. Regeln

### 5.1.1. Unabdingbare Regeln

Es ist in Summe zu erfassen was durch übergeordnetes Recht (Bundesrecht, europäisches Recht) unabdingbar vorgegeben ist und welcher Gestaltungsspielraum zum Umsetzen der eigenen Vorstellungen bleibt.

### 5.1.2. Gestaltbare Regeln

Landesrecht muß sich konsequent an den eigenen Vorstellungen zur Zuwanderung orientieren und alle vorhandenen Lücken bis an die äußerste Grenze ausfüllen.

### 5.1.3. Ausführungsverordnungen

Die Regeln dürfen keinem Spielraum zur individuell ausgestatteten Ausführung lassen. Wg. 1.1.2. (Ideologie).

## 5.2. Sprache

### 5.2.1. Lernen/Lehren

Das Erlernen von Sprachen ist für manche Menschen eine hohe Hürde. Auch für Menschen mit ansonsten hoher Leistungsfähigkeit kann das Erlernen von Sprachen zu einem Problem werden. Daher ist die Qualität der Lehre mit entscheidend. Es ist Sache der lehrenden Stelle, Leistungsträger nicht aufgrund ihrer mangelnden Sprachbegabung ausscheiden zu lassen.

### 5.2.2. Prüfungen

Sprachprüfungen müssen konsequent und vor allem objektiv durchgeführt werden. Es darf auch "Durchfallen" geben. Prüfungsscheu kann auch so erklärt werden, daß Lehrende fürchten müssen daß mangelnde Leistung von ihrer Seite auffällt.

## 5.3. Kultur

### 5.3.1. Angebot

Von jedem Zuwanderer kann erwartet werden, daß er sich mit der Kultur des Gastlandes auseinandersetzt. Dies muß nicht heißen, daß er sich damit identifiziert.

Jedoch muß ein "Cours de civilisation" angeboten und zur Pflichtveranstaltung gemacht werden. In wie weit dann die Kultur erfaßt oder angenommen wird, hängt eher an der Kultur selber, das heißt auch an ihrer Darstellung und wie sie gelehrt wird.

## 5.4. Finanzierung

### 5.4.1. Wohnraum

Die Finanzierung des Wohnraumes wird Landessache.

### 5.4.2. Unterhalt

Außer den üblichen Mitteln aus ALG II sollten Firmen, die bereits vom Lohndumping (vergl. 3.2.3.) profitieren, Mittel aus den zusätzlichen Gewinnen in einen Fond zu zahlen, aus dem noch nicht Erwerbstätige "vorfinanzieren".

### 5.4.3. Ausbildung

Neben den üblichen Möglichkeiten und Maßnahmen bei der dualen Ausbildung sollte von der Agentur für Arbeit alle Möglichkeiten der Weiterbildung im Rahmen des festgestellten Bedarfes (gemäß 4.1.1.) auch im Vorfeld angeboten werden.

### 5.4.4. Berufsausbildung statt Studium

Grundsätzlich muß eine vorhandene Qualifikation voraussetzt werden.

Unter dem Aspekt, daß

- die duale Ausbildung im wesentlichen nur in der BRD funktioniert und
- dieses Ausbildungssystem sich als effektiv erweist und

- Bedarf im wesentlichen in Richtung "Ausbildungs"-Berufen besteht,

ist von der Finanzierung einer Hochschulbildung von Zuwanderern Abstand zu nehmen. Eine Hochschulbildung ist ggf. mitzubringen.

## 5.5. Konsequenzen

### 5.5.1. Prüfungen

Das Überprüfen der vorgegebenen Leistungen muß konsequent und ohne Rücksicht auf "soziale" Gegebenheiten erfolgen.

### 5.5.2. Durchführung unangenehmer Maßnahmen

Die Konsequenzen aus dem Verfehlen von Zielen ("Durchfallen von Prüfungen") muß konsequent gezogen werden.

Ausweisungen sind konsequent durchzuführen.

## 6. Noch zu beantwortende Fragen

- Werben der/Selektion der betreffenden Menschen am Herkunftsort.
- Werben unter Asylbewerbern/Selektion von Bewerbern

# Antrag AP 32: Zukunft des Bundeslandes Saarland

<b>Antragsteller/in:</b>	Bernd Braunshausen
<b>Status:</b>	nicht entschieden

## Zukunft des Bundeslandes Saarland

Der Landesparteitag möge beschließen:

### 1. Situation

#### 1.1. Finanzen

##### 1.1.1. Überschuldung

Zur Zeit reichen die Steuereinnahmen des Saarlandes nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken. Es ist ohne weitere Neuverschuldung nicht möglich, die unverrückbaren Beträge für Schuldendienst und Pensionen und sonstige Fixkosten zu begleichen. In dieser Situation müßte jedes Unternehmen Konkurs anmelden. Das Saarland ist de facto bankrott. Es findet zur Zeit eine Konkursverschleppung statt.

##### 1.1.2. Historie

Die Überschuldung des Saarlandes rührt ursprünglich aus der Krise der Montanindustrie. Infolge der Stahlkrise wurden zum Erhalt eines Montankernes (Arbed Saarstahl) Subventionen gezahlt, die zur Abwendung des Konkurses von Arbed Saarstahl dienten. Die Kosten dafür liefen aufgrund völliger Unfähigkeit der damaligen Landesregierung total aus dem Ruder.

##### 1.1.3. Teilentschuldung

Im Rahmen einer von der Landesregierung Lafontaine erreichten Teilentschuldung "Zur Überwindung der extremen Haushaltsnotlage" wurde dem Saarland vom Bund zwischen 1994 und 2004 ein Betrag von 6.800.000.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.

##### 1.1.4. Ideen

Wunsch der aktuellen Landesregierung ist die Einrichtung eines "Altschuldenfonds", der die bestehenden Verbindlichkeiten bankrotter Bundesländer, allen voran des Saarlandes, auf den Bund abwälzen soll.

##### 1.1.5 Realität

Der Wunsch nach Einrichtung eines "Altschuldenfonds" für verschuldete Bundesländer ist mit Blick auf das Saarland unredlich, weil bereits die Mittel aus der Teilentschuldung komplett verschlappert worden sind.

### 1.2. Konsequenzen

#### 1.2.1. Schuldenbremse

Ziel der Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Vermeidung von Neuschulden. Zu diesem Zweck werden auch die Bundesländer einer "Schuldenbremse" unterzogen. Aufgrund

dieser Schuldenbremse darf das Saarland ab 2022 keine Neuschulden mehr aufnehmen.

#### 1.2.2. Sparzwang

Um die Schuldenbremse einzuhalten wird gespart, egal was es kostet. Insbesondere existiert kein Konzept. Einfacherweise werden Kürzungen über alle Bereiche pauschal verteilt. Deswegen wird auch an Schulen und Hochschulen gespart. Deutlicher kann man nicht auf Kosten der Zukunft gespart werden.

#### 1.2.3. Handlungsunfähigkeit

Wie unser Parteifreund und Landtagsabgeordneter Michael Hilberer erfahren mußte, werden selbst absolut konstruktive Vorschläge zur Umschichtung von Mitteln, das heißt Ideen für sinnvolle Investitionen nicht nur abgelehrt, sondern mit Unverständnis bis Spott bedacht. (Reaktion der Ministerpräsidentin.)

#### 1.2.4. Subventionen

Da Subventionen irgendwelcher Maßnahmen in der Regel einen Eigenanteil (des Landes) bedingen, ist selbst das Einstreichen von Subventionen, sei es vom Bund oder von der EU, nicht möglich. Der Einfachheit halber werden deswegen gar nicht erst Konzepte erstellt, wie man an Subventionen kommen kann.

#### 1.2.5. Bergbau

In Anbetracht der Finanzlage war das Ende des Bergbaus im Saarlandes sträflich, wenn nicht tödlich. Das Land konnte sich den Luxus nicht leisten, auf den Subventionen für den Bergbau, die ohne Landesbeteiligung unmittelbar vom Bund in das Saarland geflossen sind, zu verzichten. Ganz nebenbei war das Bergwerk Saar das am wirtschaftlichsten arbeitende der DSK.

### 2. Historie

#### 2.1. Saarabstimmungen

##### 2.1.1. 1935

Die Saar kehrt mit 91 Prozent Zustimmung heim in Nazi-Deutschland.

##### 2.1.2. 1955

Mit 67 Prozent wird die Eigenstaatlichkeit des Saarlandes mit 2/3-Mehrheit final verworfen. (Zum Vergleich: Die Eigenstaatlichkeit Schottlands wurde 2014 nur mit 54 Prozent verworfen.)

#### 2.2. Bundesland Saarland

##### 2.2.1. Niedergang

Seit dem Bestehen des Bundeslandes Saarland geht die Entwicklung rückwärts. Keine der Landesregierungen konnte den Rückbau der Industrie stoppen, gravierende und teure Fehlentscheidungen (Arbed Saarstahl, Ende des Bergbaus, "Zukunftsort Reden" und beliebig viele weitere) waren die Regel. Positive Initiativen oder Entscheidungen gab es KEINE. Einzige Ausnahme war zeitweise die Regierung Lafontaine. (Teilentschuldung.) Vorschläge der Ministerpräsidentin über eine bundesweite Neugliederung der Länder sind unredliche Ablenkungsmanöver. Unser Problem ist nicht Bremen oder Berlin, sondern allein das Saarland.

### 3. Auflösung der Verwaltung

#### 3.1. Tatsächliches Sparpotential

##### 3.1.1. Landesregierung

Aufgrund der Sparzwänge hat die aktuelle Landesregierung keinerlei Gestaltungsspielraum. Unabhängig von der "Qualität" der Regierung bedingt dies, daß keine positiven Impulse von der Landesregierung ausgehen können. Reine Verwaltung kann mit einer stark abgespeckten Ebene der Staatssekretäre problemlos erfolgen. Die Kosten für die Landesregierung können sofort eingespart werden.

### 3.1.2. Parlament

Aus den gleichen Gründen wie 3.1.1. hat auch das Parlament keinerlei Gestaltungsspielraum. Zudem sprechen die beiden Parteiübertritte ("aus persönlichen Gründen") Döring und Neises für die Qualität der Parlamentarier. Immerhin haben 10 Prozent der Abgeordneten das Wahlergebnis und den Wählerwillen schlicht ignoriert. Das ist beispiellos. Die Kosten für den Landtag des Saarlandes können sofort eingespart werden.

## 3.2. Vorgehensweise

### 3.2.1. Konkurs

Die Zahlungsunfähigkeit des Saarlandes ist unabwendbar. Eine Konkursverschleppung, wie sie zur Zeit hier durchgeführt wird, wäre in der Wirtschaft ein Straftatbestand.

### 3.2.2. Zwangsverwaltung

Durch einen Konkursverwalter kann objektiv festgestellt werden, in welchem Maße Schuldendienst, Pensionszahlungen usw. überhaupt noch leistbar sind. Daraus ergäbe sich ein Schuldenschnitt und damit unmittelbar die Verpflichtung des Bundes Gläubiger abzufinden oder eben nicht, Pensionen zu kürzen oder eben nicht. Das Ziel der Entschuldung ist nur so zu erreichen. Dies entspräche insbesondere dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft.

### 3.2.3. Neugliederung

Die Verwendung des dann entschuldeten Saarlandes wäre dann einem demokratischen Entscheid innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland anheimzustellen.

## 4. Piratenpartei

### 4.1. Standortbestimmung

#### 4.1.1. Perspektiven

Unter der aktuellen Programmierung und der politischen Gesamtsituation ist ein Wiedereinzug der Piratenpartei in den Saarlandtag auszuschließen.

#### 4.1.2. Klarmachen zum Ändern

Die Piratenpartei kann nicht für das Mitschwimmen im Strom stehen. Wir können müssen Denkansätze realisieren, von denen die "Etablierten" nicht mal zu träumen wagen.

#### 4.1.3. Chancen

Nach verschiedenen von der Saarbrücker Zeitung veröffentlichten Meinungsbildern kann sich eine Mehrheit der Saarländer eine Auflösung des Bundeslandes vorstellen. Dies ist ein riesiges Potential. Der Aufschrei der Etablierten wird gigantisch sein, ebenso die Aufmerksamkeit die wir erzielen. Damit werden auch unsere dann wohl abgewogenen und sachlich untermauerten Argumente überhaupt erst zur Kenntnis genommen. Dies ist unsere einzige Chance auf Wiedereinzug ins Parlament.

# Antrag SoA 01: Kommunikationsseminar

<b>Antragsteller/in:</b>	Omoniyi Ogodo-Bach
<b>Status:</b>	nicht entschieden

## Kommunikationsseminar

Warum ist ein Kommunikationsseminar sehr wichtig?

- Verständnis füreinander.
- Verhinderung von Missverständnissen und Konflikten.

Missverständnisse und Konflikte

- verhindern eine erfolgreiche Zusammenarbeit,
- sorgen für eine schlechte Organisation und Koordination,
- verhindern die Ziele der Partei.

Ein fehlender Informationsfluss ist tödlich für die erfolgreiche Arbeit.

# Antrag SoA 02: Nach der Wahl ist vor der Wahl

<b>Antragsteller/in:</b>	Omoniyi Ogodo-Bach
<b>Status:</b>	angenommen

## Nach der Wahl ist vor der Wahl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland verstärkt seine Bemühungen zur Motivierung von Wählern/Mitgliedern.

Wie kann man die Wähler/Mitglieder motivieren?

- Entwicklung eines konkreten Programms mit den wichtigsten Schwerpunkten.
- Information der Bürger vor der Wahl (Infostände).
- Politische Bildung.
- Vermittlung von Glaubwürdigkeit.
- Erstellung von Stichpunkten, warum ein Kandidat/eine Kandidatin gewählt werden kann.

## Begründung:

Warum gehen viele Bürger nicht mehr wählen?

- Vertrauensverlust in die Politik.
- Informationsmenge viel zu groß.
- Personalisierte Werte.
- Viele Bürger denken, dass viele Politiker nur die Interessen der Wirtschaft vertreten.
- Demokratie wird als Konsumgut verstanden. "Die meisten Menschen glauben der Politik genauso viel oder genauso wenig wie der Public Relation eines Konzerns. Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen dem Statement eines Politikers in der »Tagesschau« und der Werbung für ein Produkt (oder ein Lebensgefühl)".
- Viele Politiker vertreten ihr persönliches Interesse.

# Antrag SoA 03: Projekt in Nigeria

**Antragsteller/in:** Omoniyi Ogodo-Bach

**Status:** angenommen

## Projekt in Nigeria

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland unterstützt das Projekt von Omoniyi Ogodo-Bach mit dem Projekttitel "Verbesserung der traumatischen Auswirkungen und der sozioökonomischen Situation der Opfer der Anschläge von Boko Haram in Borno, Yobe, Adamawa, Jos Plateau, Kano und im Abuja Federal Capital Territory in Nigeria durch die Errichtung und den Betrieb von medizinischen und psychologischen Centern (MPC)."

## Begründung:

Fakten zu Nigeria:

Hauptstadt: Abuja

Fläche: 923.768 Km<sup>2</sup> (zum Vergleich Deutschland: 357.340,08 km<sup>2</sup>)

Bevölkerung: 152,217 Millionen (zum Vergleich Deutschland 80,925 Millionen)

Präsident: Goodluck Jonathan

Amtssprache: Englisch

Aktueller Bericht über Boko Haram:

- Boko Haram wurde im Jahr 2002 in Borno von Mohammed Yusuf gegründet. Boko Haram ist eine islamistische terroristische Gruppierung im Norden Nigerias.
- Ursprünglich war die Gruppe gegen westliche Bildung. Der Name "Boko Haram" besteht aus dem Begriff der Hausa-Sprache "Boko", was "westliche Bildung" oder "westliche Gesellschaftsform" bedeutet, und dem arabischen "Haram" für "religiös strikt verboten". Meist wird "Boko Haram" als "westliche Bildung ist Sünde" oder "westliche Bildung ist verboten" übersetzt.
- 2009 wurde Mohammed Yusuf getötet.
- Seit Januar 2010 verübt die Gruppe Boko Haram immer wieder Anschläge mit Bomben und Schusswaffen.
- Ende 2010 änderte Boko Haram ihren Namen (Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-Jihad) und der neue Chef ist Abubakar Shekau.

Was will die Terrorgruppe?

- 2009 begann die Gruppe einen kurzlebigen bewaffneten Aufstand mit dem Ziel, einen islamischen Staat im Norden Nigerias einzurichten.
- Zurzeit sind die nigerianischen Streitkräfte in drei nordöstlichen Bundesstaaten - Borno (dessen Hauptstadt Maiduguri ist), Yobe und Adamawa - in Kämpfe mit Boko Haram verstrickt.
- Im Mai 2013 hat die nigerianische Bundesregierung in diesen drei Staaten den Notstand verhängt. Seitdem wurde Militär in großem Umfang in diese Regionen verlegt.
- Der Anschlag auf das UN-Hauptquartier in Abuja war der einzige Angriff von Boko Haram auf ein ausländisches Ziel.
- Am 08.01.2015 hat Boko Haram die Stadt Baga angegriffen, eine Militärbasis übernommen und Teile der Stadt niedergebrannt. Dabei soll es bis zu 2000 Todesopfer gegeben haben.
- Soldaten aus dem Tschad und dem Niger (Nachbarländer Nigerias) gehen erstmals gemeinsam mit einer Großoffensive gegen die islamistische Terrororganisation Boko Haram vor.
- Die Zahl der Terroropfer steigt rapide. Insgesamt wurden fast 18.000 Menschen getötet.

#### Warum dieses Projekt?

- Bereits am 21.05.2014 gab es in Saarbrücken eine Demonstration gegen den Terror der Gruppe Boko Haram nach der Entführung von fast 300 Schülerinnen. ("Mit unserer Aktion fordern wir die deutsche Regierung auch dazu auf, Nigeria mit praktischer Hilfe zu unterstützen, zum Beispiel durch psychologische Betreuung für die betroffenen Mädchen und ihre Familien.")
- Deutsche Unterstützung für Nigeria – Die Regierungsantwort (18/3664) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 09.01.2015. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/036/1803664.pdf>)
- Vor der Gruppe Boko Haram fliehen Menschen aus Nigeria nach Kamerun, Tschad und Niger. Kamerun hat für die Betreuung von derzeit etwa 40.000 Flüchtlingen aus Nigeria mit Unterstützung des UNHCR Flüchtlingslager eingerichtet.
- Deutschland stellt Kamerun im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit in diesem Jahr 6 Millionen Euro zur Unterstützung von Maßnahmen für Flüchtlinge aus Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik bereit.
- Deutschland unterstützt Nigeria zudem im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit den Schwerpunkten nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und erneuerbare Energien beziehungsweise Energieeffizienz. Der Fokus liegt auf den Herausforderungen der Armutsbekämpfung, des Wirtschaftswachstums und des Klimaschutzes.
- Der Beginn eines entsprechenden Projekts im Bereich Grenzverwaltung ist im Frühjahr 2015 geplant. Vorgesehen ist darüber hinaus ab Anfang 2015 die Förderung eines Projektes zur psychosozialen Betreuung von Opfern von "Boko Haram".

#### Kooperationsvertrag mit Nigeria Baptist Convention

##### Ziele des Projektes:

- Es ist dringend notwendig, die Opfer in ihrer Angst und ihrer traumatischen Situationen zu unterstützen. Es gibt keinen Fonds für die medizinische und psychologische Betreuung.

- Sicherheitstraining, Grenzverwaltung, finanzielle Unterstützung für Nachbarländer.
- Beseitigung der Angst der Opfer durch psychologische Beratung und Behandlung.
- Beseitigung der traumatischen Auswirkungen auf die Menschen, die direkt von den Anschlägen von Boko Haram betroffen sind.
- Um die Opfer in den normalen Alltag wieder zu rehabilitieren.
- Um die Lebenserwartung der Opfer zu erhöhen.
- Viele Opfer sind geistig behindert und sind jetzt als Verbraucher und nicht produktiv. Daher beeinflussen das Wirtschaftswachstum des Landes und eventuelle Erhöhung der Armutsquote des Landes.
- Um Konfliktlösungsbewusstsein sowohl in Staaten und Bundesebene zu erstellen.